

Einreichung Martin Mair und Karin Rausch (Präsentation: Karin Rausch)

Momentum14, Track #5: Emanzipation und soziale Sicherheit

Auf dem Weg zur Arbeitslosen- und Sozialanwaltschaft - zum Wesen und Sinn einer echten Beteiligung der Betroffenen in der Sozialversicherung"

2012 befasste sich das Forum Jägermayrhof mit dem Thema „Selbstverwaltung – Gestaltungsfaktor für ein demokratisches und soziales Gemeinwesen“, das sich rein mit der Rolle der „Sozialpartner“ in der Sozialversicherung befasste und Betroffenen selbstorganisationen vom politischen Diskurs völlig ausschloss.

Nicht nur im Bereich der Krankenversicherung, wo zahlreiche Selbsthilfegruppen, aber auch Protestbewegungen wie z.B. „Amici delle SVA“, um demokratische Mitsprache ringen, sondern auch im Bereich der Arbeitslosenversicherung kämpfen Arbeitsloseninitiativen als Betroffenen selbstorganisation schon lange um demokratische Mitsprache in „ihrer Versicherung“.

Aufgrund der undemokratischen und undurchschaubaren Verhältnisse der „Sozialpartnerschaft“ fühlen sich nämlich immer mehr Menschen von den Berufsfunktionären dieser „österreichischen Institution“ nicht ausreichend vertreten und fordern echte demokratische Mitsprache ein. Die „Selbstverwaltung“ findet nämlich ausschließlich hinter „verschlossenen Türen“ statt und ist fest in der Hand von Berufsfunktionären der beiden Regierungsparteien, die nur allzuoft voll über die Versicherten hinweg agieren (siehe Referat zum neoliberalen Aktivierungs- und Arbeitszwangregime).

Unterstützung findet diese Forderung nach partizipativeren Strukturen im menschenrechtlichen Diskurs. So hat der UNO-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei der Staatenprüfung Österreich einen regelmäßigen und offenen Dialog des AMS mit den (Langzeit)Arbeitslosen gefordert und auch die International Labour Agency (ILO) fordert in einem Working Paper zur sozialen Grundsicherung unter dem Titel „Promotion of and respect for rights and dignity“ die verstärkte Einbeziehung von Betroffenen selbstorganisationen.

In Österreich wurde schon vor Jahren in Oberösterreich in einem breiteren politischen Dialog der Vorschlag einer „Arbeitslosen anwaltschaft“ ausgearbeitet.

In diesem Workshop werden wir die Mängel der bestehenden „Selbstverwaltung“ aufzeigen, den Stand der Diskussion um eine Sozial- und Arbeitslosen anwaltschaft, die Widerstände dagegen und mögliche Strategien zur Demokratisierung der Sozialversicherung und was diese davon gewinnen können aufzeigen.